

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis — XXIII

Literaturverzeichnis — XXVII

Einleitung — 1

A. Eröffnungsverfahren — 3

I. Eröffnungsantrag — 3

1. Zulässigkeit des Insolvenzantrages — 3
2. Rechtliches Interesse am Fremdantrag — 6
3. Glaubhaftmachung der Antragsvoraussetzungen — 8
4. Anforderungen an die Glaubhaftmachung im Fremdantrag — 10
5. Antragsbefugnis absonderungsberechtigter Gläubiger — 11
6. Antragsbefugnis des Nachlasspflegers im Nachlassinsolvenzverfahren — 14
7. Antragsrücknahme durch einen alleinvertretungsbefugten Mitgeschäftsführer nach dessen Abberufung — 17
8. Rechtsschutzinteresse des nachrangigen Insolvenzgläubigers für Eröffnungsantrag — 18
9. Rechtsmissbrauch des Fremdantrags des Wettbewerbers — 20
10. Insolvenzantrag des Finanzamts
kein Verwaltungsakt – Rechtsschutz — 21
11. Befriedigung der Forderung des fremdantragstellenden Gläubigers — 22
12. Zulässiger Neuantrag nach Freigabe — 22
13. Begründetheit des Eröffnungsantrags — 24

II. Auskunftspflichten — 26

1. Auskunftspflicht des Schuldners gem. § 20 Abs. 1 InsO — 26
2. Ärztliche Schweigepflicht des Schuldners — 27
3. Auskunftspflicht des Schuldners gemäß § 20 Abs. 1 InsO — 28

III. Eröffnungsgründe — 29

1. Zahlungseinstellung bei Nichtzahlung von Löhnen und Gehältern — 29
2. § 17 Abs. 2 InsO: Einverständnis des Gläubigers mit späterer Befriedigung — 30
3. Beseitigung der Zahlungsunfähigkeit durch Stillhalteversprechen der Bank — 33
4. Ernstlich eingeforderte Verbindlichkeiten — 35

5. Keine Beseitigung der Zahlungsunfähigkeit durch harte Patronatserklärung für das insolvente Tochterunternehmen — 39

IV. Vorläufige Insolvenzverwaltung — 41

1. Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters und Rechtsmacht des Insolvenzgerichts — 41
2. Befangenheit des vorläufigen Verwalters — 43
3. Treuhandkonto des vorläufigen Verwalters — 44
4. Rechte aus § 103 Abs. 1 InsO und Stellung des vorläufigen Verwalters — 45
5. Abgabenrechtliche Qualifikation des vorläufigen Zustimmungsverwalters — 47
6. „Garantiezusagen“ des vorläufigen Zustimmungsverwalters wegen Lohn- und Gehaltsansprüchen der Arbeitnehmer des Schuldners bei Betriebsfortführung — 47

V. Aus- und Absonderungsrechte im Eröffnungsverfahren — 48

1. Einziehung sicherungsbedienter Forderungen — 48
2. Vorausabtretung und Anordnung von Verfügungsbeschränkungen — 52
3. Vorläufiger Verwalter und Sicherungszession — 54
4. Rechte des Absonderungsberechtigten gegenüber dem vorläufigen Zustimmungsverwalter wegen Veräußerung von Sicherungsgut — 56
5. § 91 Abs. 1 InsO und Anfechtung des Erwerbs von Pfandrechten — 58
6. Rechte des Aussonderungsberechtigten nach § 169 InsO — 59

VI. Die Entscheidung über den Insolvenzantrag — 60

1. Rechtsmittel — 60
2. Eröffnungsbeschluss als Herausgabentitel gegen den Schuldner — 61
3. Erledigung des Insolvenzantrages — 62

B. Das eröffnete Insolvenzverfahren — 65

I. Allgemeine Eröffnungswirkungen — 65

1. § 240 ZPO und Verfahrensaufnahme — 65
 - 1.1. Kündigungsrechtsstreit — 65
 - 1.2. § 240 ZPO und Eigenverwaltung — 65
 - 1.3. Zwangsvollstreckungsverfahren — 66
 - 1.4. Insolvenzeröffnung nach Anhängigkeit und vor Rechtshängigkeit — 67
- 1.5. Unterbrechung des Vollstreckbarkeitsverfahrens — 69

1.6.	Kostenerstattungsanspruch des Gläubigers in einem vom Insolvenzverwalter aufgenommenen Prozess — 70
1.7.	Insolvenzrechtliche Qualifikation des Kostenfestsetzungsbeschlusses — 71
2.	Vollstreckungsverbote — 72
2.1.	Ausschluss der Individualvollstreckung nach Verfahrenseröffnung — 72
2.2.	Freigegebene Gegenstände — 74
2.3.	Reichweite des § 89 InsO — 75
3.	Rückschlagsperre — 76
3.1.	Rückschlagsperre und Zwangssicherungshypothek — 76
3.2.	Rückschlagsperre und maßgeblicher Insolvenzantrag — 78
4.	Pflicht des Schuldners zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung — 79
5.	Sperrvermerk bei Miterbenanteil des Schuldners an Immobilie — 80
6.	Im Eröffnungsverfahren erteilte Vollmacht zur Vertretung des Schuldners erlischt nicht — 81
7.	Leistung an den Schuldner nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens — 81
II.	Insolvenzmasse — 83
1.	Zuständigkeit für die Feststellung der Zugehörigkeit von Vermögensgegenständen zur Insolvenzmasse — 83
2.	Gestaltungsrechte — 83
3.	Keine Massezugehörigkeit des im Eröffnungsverfahren auf Anderkonten des vorläufigen Verwalters eingegangenen Geldern — 84
4.	Massezugehörigkeit einer Berufsunfähigkeitsrente des Insolvenzschuldners — 85
5.	Geltendmachung von fiktiven Arbeitsentgeltansprüchen gem. § 850 h ZPO durch den Insolvenzverwalter — 87
6.	Reichweite des § 91 Abs. 1 ZPO: Vorausverfügungen des Schuldners über Ansprüche gegen eine ärztliche Verrechnungsstelle — 88
7.	Reichweite der Beschlagnahme des Umsatzsteuererstattungsanspruchs bei Fortsetzung der freiberuflichen Tätigkeit des Schuldners — 89
8.	Umsatzsteuervergütungsansprüche — 92
9.	Pflichtteilsanspruch — 92
10.	Mitgliedschaft des Schuldners in Wohnungsgenossenschaft — 93

11. Freigabe — 94
 - 11.1. Freigabe des schuldnerischen Kfz und Kraftfahrzeugsteuer — 94
 - 11.2. Deckungsanspruch aus Haftpflichtversicherung des Insolvenzschuldners — 96
 - 11.3. Freigabe selbständige Tätigkeit – Haftung für Löhne und Gehälter — 97
 - 11.4. Freigabe selbständige Tätigkeit – Sozialversicherungsbeiträge — 99
 - 11.5. Freigabe selbständige Tätigkeit – keine Haftung der Masse für Umsatzsteuer — 100
 - 11.6. Freigabe und § 811 ZPO — 101
- III. Ergreifung des Besitzes der Masse durch den Insolvenzverwalter — 103
 1. Schutz gegen die Besitzergreifung durch den Insolvenzverwalter — 103
 2. Vollstreckungsschutz des Schuldners im Zwangsversteigerungsverfahren — 104
- IV. Verbot des Rechtserwerbs an Gegenständen der Insolvenzmasse — 105
 1. Erteilung von Genehmigungen — 105
 2. Genossenschaftsfall — 106
 3. Versicherungssumme von Lebensversicherungsverträgen — 107
 4. Sonderkonten des Insolvenzverwalters — 108
 5. § 91 Abs. 1 InsO — 110
- V. Gegenseitige Verträge, §§ 130 ff. InsO — 111
 1. Kautionsversicherungsverträge — 111
 - 1.1. Prämienforderung des Kautionsversicherers — 111
 - 1.2. Kautionsversicherungsverträge — 112
 - 1.3. Rückforderung von Prämienzahlungen an Kautionsversicherer — 113
 2. § 103 Abs. 1 InsO und vorläufiger Insolvenzverwalter — 114
 3. Schutz des Mieters nur bei Überlassung der Mietsache — 115
 4. Lastschrift – Keine Geltung der AGB-Genehmigungsfiktion — 117
 5. Löschung der Auflassungsvormerkung nach vorinsolvenzlichem Vertragsrücktritt — 119
 6. Kündigung Mitgliedschaft in Wohnungsgenossenschaft — 121
 7. Ansprüche eines Geschäftsführers aus vertraglichem Wettbewerbsverbot — 122
 8. Rückabwicklung eines nichtigen Darlehensvertrages — 123

9.	Betriebskostennachforderungen — 124
10.	Insolvenz als auflösende Bedingung einer Dienstbarkeit — 126
VI.	Recht der Aufrechnung im Insolvenzverfahren — 128
1.	Aufrechnung und Verrechnung bei Auseinandersetzungen einer ARGE — 128
2.	Konzernverrechnungsklauseln — 131
3.	Verhältnis von § 95 Abs. 1 InsO zu § 110 Abs. 3 InsO — 133
4.	Verrechnung durch Sozialversicherungsträger — 134
5.	Anfechtung des die Aufrechnung begründenden Tatbestandes in der Frist des § 146 InsO — 135
6.	Unwirksamkeit der Verrechnung und Anfechtungsfrist des § 146 InsO — 136
7.	Maßgeblicher Zeitpunkt für den Erwerb der Aufrechnungsposition — 139
8.	Aufrechnungerklärung als Schlusszahlung gem. § 16 Nr. 3 Abs. 2 VOB/B — 141
C.	Insolvenzverwalter — 143
I.	Aufsicht über den Insolvenzverwalter — 143
1.	Der „ungetreue“ Insolvenzverwalter — 143
2.	Kosten externer Schlussrechnungsprüfung — 144
3.	Einhaltung von Sachverständigengutachten zur Schlussrechnungsprüfung — 145
4.	Aktienrechtliche und allgemeine Auskunftspflichten des Insolvenzverwalters — 147
II.	Auswahl des Insolvenzverwalters — 148
1.	Zum Auswahlermessen des Insolvenzgerichtes — 149
2.	Verfahren beim Streit um Aufnahme auf Vorauswahlliste — 150
3.	Berufserfahrung — 151
4.	Ortsnähe — 152
III.	Sonderverwalter — 152
1.	Beschwerde gegen Bestellung eines Sonderverwalters — 153
2.	Keine Beschwerde gegen Nichtbestellung eines Sonderverwalters — 154
3.	Verfassungskonformität der Bestellung eines Sonderverwalters — 156
4.	Anhörungstermin zur Vorbereitung der Prüfung von Schadenersatzansprüchen durch den Sonderinsolvenzverwalter — 156

5. Eidesstattliche Versicherung des Insolvenzverwalters im Anhörungstermin zur Vorbereitung der Prüfung von Schadenersatzansprüchen durch den Sonderinsolvenzverwalter — 157
- IV. Haftung des Insolvenzverwalters — 157
 1. Verletzung insolvenzspezifischer Pflichten — 157
 2. Pflichten gem. § 61 InsO — 159
- V. Rechtsstellung des Insolvenzverwalters — 159
 1. Befugnis des Treuhänders, Rechtsbehelfe gegen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen den Schuldner einzulegen — 159
 2. Befugnisse des Insolvenzverwalters nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens — 160
 3. Auskunftsansprüche — 161
 4. Zusammenveranlagung des Insolvenzschuldners mit Ehegatten — 162
 5. Gesellschaftsrechtliche Pflichten des Insolvenzverwalters — 164
- VI. Vergütungsfragen — 165
 1. Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters — 165
 - 1.1. Überwachende Aufgaben des vorläufigen Insolvenzverwalters — 165
 - 1.2. Keine Vergütungsfestsetzung, wenn das Verfahren nicht eröffnet worden ist — 166
 - 1.3. Vergütungsprozess des vormaligen vorläufigen Verwalters gegen den Schuldner — 168
 - 1.4. Höhe der Mindestvergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters — 169
 2. Berechnungsgrundlage — 170
 - 2.1. Vergütungsrelevante Masse — 170
 - 2.2. Auslegung des § 1 Abs. 2 Nr. 3 InsVV
(Aufrechenbarkeit) — 170
 3. Einzelne Tatbestände der Vergütungserhöhung oder- absenkung — 171
 - 3.1. Unternehmensfortführung — 171
 - 3.2. Vergütungsabschlag bei besonders langer Verfahrensdauer — 172
 - 3.3. Mehrere Behörden einer Gebietskörperschaft — 173
 - 3.4. Keine Auslegungsbedürftigkeit des § 2 Abs. 2 InsVV — 174
 - 3.5. Kein Vergütungsabschlag wegen Bestellung als Sachverständiger im Eröffnungsverfahren — 175

3.6.	Vergütungsrechtliche Folgen der Einschaltung fachkundiger Soziätätspartner des Verwalters — 175
4.	Rechtsmittel — 176
4.1.	Rechtsmittelbefugnis des Insolvenzgläubigers einer nicht festgestellten Forderung gegen Vergütungsfestsetzung — 176
4.2.	Grenzen eines Nachschiebens von Erhöhungsgründen nach Erstfestsetzung der Verwaltervergütung — 177
4.3.	Verjährung des Vergütungsanspruchs — 179
D.	Gläubigersonstverwaltung — 183
I.	Gläubigerversammlung — 183
1.	Einberufung der Gläubigerversammlung — 183
2.	Ordnungsgemäße Bekanntgabe der Tagungsordnung — 184
3.	Gläubigerversammlung — 184
4.	Gemeinsames Interesse der Gläubiger gem. § 78 Abs. 1 InsO — 185
5.	Amtsermittlungsgrundsatz und Maßstäbe der Stimmrechtsentscheidung — 185
6.	Keine Rechtsmittel gegen die Stimmrechtsentscheidung? — 187
II.	Gläubigerausschuss — 187
1.	Ort und Weise der Kassenprüfung durch Mitglieder des Gläubigerausschusses — 187
2.	Schadenersatzpflicht der Mitglieder des Gläubigerausschusses wegen Aufsichtspflichtverletzungen — 188
3.	Zusammensetzung — 190
4.	Entlassung eines Mitglieds des Gläubigerausschusses — 191
5.	Verjährung der Haftung eines Mitglieds des Gläubigerausschusses — 193
6.	Vergütung des Gläubigerausschusses in masselosen IK-Verfahren — 195
E.	Gläubiger — 197
I.	Massegläubiger — 197
1.	Kraftfahrzeugsteuer — 197
1.1.	Unpfändbares Kraftfahrzeug — 198
1.2.	Kraftfahrzeugsteuer als Masseverbindlichkeit trotz Freigabe — 199
1.3.	Gemietete und auf den Schuldner zugelassene Kfz — 199
1.4.	Verkauf eines Kfz durch den Schuldner drei Jahre vor Verfahrenseröffnung — 200

1.5.	Änderung der Rechtsprechung des BFH — 200
2.	Abgrenzung Alt- und Neumaserverbindlichkeiten nach § 209 InsO — 201
2.1.	Wohngeld nach WEG — 201
2.2.	§ 546a BGB (Fall 1) — 202
2.3.	§ 546a BGB (Fall 2) — 204
3.	Ertragsteuer aus selbständiger Tätigkeit des Insolvenzschuldners — 205
4.	Einkommenssteuer auf Lohneinkünfte des Schuldners — 206
5.	Rechtsgrundlose Bereicherung der Masse: Reichweite des § 55 Abs. 1 Nr. 3 InsO — 206
II.	Masseunzulänglichkeit — 207
1.	PKH für den Prozess des Insolvenzverwalters nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit — 207
2.	Freigabe und Vollstreckungsverbot gem. § 89 Abs. 1 InsO — 209
3.	Tilgungsreihenfolge des § 209 InsO bei Verfahrenskostenstundung — 211
III.	Insolvenzgläubiger — 212
1.	Rückgriffsanspruch eines Dritten als Insolvenzforderung — 212
2.	Anspruch aus § 661a BGB als nachrangige Insolvenzforderung — 213
3.	Stellung von Unterhaltsgläubigern — 214
4.	Nachrang von Darlehensforderungen — 215
5.	Qualifikation strafrechtlicher Wertersatzverfallansprüche gem. §§ 73 a, 74 c StGB — 218
F.	Aus- und Absonderungsrechte — 221
I.	Aussonderungsrechte — 221
1.	Kaution des Mieters — 221
2.	Ersatzaussonderung — 222
3.	Aussonderung — 224
4.	Qualifikation von Einzahlungs- und Brokerkonto einer Kapitalanlagegesellschaft als Treuhandkonten — 224
5.	Phoenix — 225
II.	Absonderungsrechte — 227
1.	Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters — 227
1.1.	Pauschalierte Kostenbeiträge — 227
1.2.	Keine Disposition über § 166 InsO — 227
1.3.	§ 166 Abs. 2 InsO als Schutzgesetz — 227
1.4.	Mitteilung gem. § 168 Abs. 1 InsO — 230

- 1.5. Beschwerdewert bei Verwertungsunterlassungsklage — 231
- 2. Hypotheken(Immobilien)haftungsverband — 231
 - 2.1. Haftung der Mieten — 231
 - 2.2. Haftung für Zinsen und Verfahrenskosten nach Verfahrenseröffnung — 233
 - 2.3. Kosten — 234
- 3. Geltendmachung von Absonderungsrechten — 235
 - 3.1. Mitteilung nach § 28 Abs. 2 InsO — 235
 - 3.2. Substantierungspflicht bei Teilklage auf Auskehr des Verwertungserlöses — 236
 - 3.3. Teilnahme absonderungsberechtigter Gläubiger — 240
 - 3.4. Sachenrechtliche Fragen — 242
- 4. Abreden zwischen Grundpfandgläubiger und Eigentümer/Schuldner — 244
 - 4.1. pactum de non executando — 244
 - 4.2. Verzinsung der gesicherten Forderung und § 367 BGB — 247
- 5. Absonderungsrecht und Insolvenzanfechtung — 249
 - 5.1. Anfechtung der Besicherung — 249
 - 5.2. Umsatzsteuer und Verwertung des Sicherungsgutes durch den Sicherungsnehmer — 254
- 6. Verzicht des Grundpfandgläubigers auf abgesonderte Befriedigung nach § 52 InsO — 257
- III. Sicherungszession — 258
 - 1. Reichweite der Zession von Ansprüchen aus Kapitallebensversicherungen — 258
 - 2. Sicherungsabtretung der Rechte aus einem Lizenzvertrag — 260
 - 3. Wirksamkeit der Globalzession — 262
 - 3.1. Anfechtbarkeit des „Werthaltigmachens“ der abgetretenen Forderungen — 262
 - 3.2. Kontrolle der AGB von Sicherungsnehmern — 264
 - 3.3. Vorausabtretung — 265
 - 4. Befreiende Wirkung einer Leistung des Drittschuldners an den Sicherungszessionär? — 267
 - 5. Anwendbarkeit des § 41 InsO — 270
- G. Forderungsanmeldung und Feststellungsverfahren — 273
 - I. Forderungsanmeldung — 273
 - 1. Anmeldung einer Forderung auf erstes Anfordern — 273

- 2. Sammelmanmeldungsfall — 274
- II. Forderungsfeststellungsverfahren — 276
 - 1. Feststellungsinteresse der Klage nach § 180 InsO — 276
 - 2. Rechtsschutzbedürfnis — 278
 - 3. Anmeldung und Feststellung der Forderung aus vorsätzlich begangenem Delikt — 279
 - 4. Geltendmachung des Ausfalls — 280
 - 5. Deliktsforderung – Verjährung der Feststellung — 281
 - 6. Rechtsschutzinteresse an Feststellung der unerlaubten Handlung — 283
 - 7. Isolierter Widerspruch gegen Bestreiten des Deliktsgrundes — 284
 - 8. Berichtigungsinteresse eines Insolvenzgläubigers — 285
- H. Verfahrensbeendigung — 287
 - I. Schlusstermin — 287
 - 1. Insolvenzverfahren als Eilverfahren — 287
 - 2. Präklusionswirkungen des Schlusstermins — 288
 - II. Verfahrensbeendigung — 290
 - 1. Zeitpunkt der Aufhebung des Insolvenzverfahrens — 290
 - 2. Grenzen der Rechtsmittel gegen den Einstellungsbeschluss gem. § 211 InsO — 291
 - III. Nachtragsverteilung — 292
 - 1. Voraussetzungen — 292
 - 2. Verfügungen des Schuldners über nicht verwertete Vermögensgegenstände vor Anordnung der Nachtragsverteilung — 294
- I. Recht des Insolvenzplans — 295
 - I. Überprüfbarkeit des Plans — 295
 - 1. Grundlage der insolvenzgerichtlichen Vorprüfung — 295
 - 2. Beschränkte Nachprüfung in der Rechtsbeschwerdeinstanz — 295
 - II. Planinhalt — 298
 - 1. Gruppenbildung im Plan — 298
 - 2. Angaben über Bankrottstraftaten des Schuldners im darstellenden Teil des Plans — 300
 - 3. Fehlen von Angaben von Versagungsgründen für die Restschuldbefreiung — 301
 - 4. Regelungen des Insolvenzplans über die Abwicklung des Verfahrens (Phoenix) — 304

III.	Planbestätigung — 304
1.	Ablehnung des Plans durch einzelnen Gläubiger — 304
2.	Stimmrecht — 307
IV.	Rechtsmittel — 309
1.	Materielle Beschwer von Aussonderungsberechtigten — 309
2.	Kein Rechtsmittel des planinitiiierenden Insolvenzverwalters gegen die Versagung der Bestätigung — 310
V.	Aufrechnungsbefugnis und rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan — 313
1.	Keine Aufrechnungsbefugnis durch rechtskräftig bestätigten Insolvenzplan I — 313
2.	Aufrechnungsbefugnis durch rechtskräftig bestätigten Insolvenzplan II — 314
3.	Aufrechnung und Insolvenzplan — 315
VI.	Vorzugsaktionäre als nachrangige Insolvenzgläubiger — 319
J.	Verbraucherinsolvenzverfahren und Restschuldbefreiung — 321
I.	Anwendungsbereich — 321
1.	Forderungen aus Arbeitsverhältnissen — 321
2.	Wirtschaftlich selbständige Nebentätigkeit — 322
3.	IN-Verfahren über das Vermögen des Mehrheitsgesellschafters einer GmbH — 323
II.	Versagung der Restschuldbefreiung — 323
1.	Verletzung der Auskunftspflicht des Schuldners — 323
K.	Recht der Insolvenzanfechtung — 325
I.	Zahlungsunfähigkeit im Anfechtungsrecht — 325
1.	Geltung der Vermutungsregel des § 17 Abs. 2 InsO — 325
2.	Darlegungslast des Insolvenzverwalters im Anfechtungsprozess — 325
3.	Retrograde Feststellung der Zahlungsunfähigkeit — 326
II.	Rechtshandlung (§ 129 InsO) — 328
1.	Zahlung der Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung — 328
2.	Bierbrauen — 331
III.	Objektive Gläubigerbenachteiligung — 331
1.	Darlegungslast des Insolvenzverwalters — 332
2.	Erbringung einer Leistung an einen Gläubiger unter geduldeter Kontoüberziehung — 333
3.	Zeitpunkt der Vornahme einer Rechtshandlung — 335
4.	Abtretung eines Zahlungsanspruchs — 338

5. Vormerkungsgesicherter Rückübertragungsanspruch des Schenkers — 340
 6. Mitwirkung der Bank an der Beseitigung einer Kontenpfändung — 340
 7. Bierbrauen und Gläubigerbenachteiligung — 342
 8. Verfügung über Kontoguthaben nach Aussetzung der Pfändung — 344
 9. Gläubigerbenachteiligung: Anfechtung der Leistung mit Mitteln aus zweckgebundenen Darlehen — 345
- IV. Kongruenzanfechtung — 347**
1. Wegfall der Kenntnis bei Sanierungsbemühungen des Schuldners — 347
 2. Tilgung einer Bürgschaft — 349
- V. Inkongruenzanfechtung — 350**
1. Anfechtung von Scheck- oder Wechselzahlungen — 350
 2. Anfechtung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen — 351
 - 2.1. Anfechtbare Vollstreckungsvorbereitungshandlung — 351
 - 2.2. Inkongruenzanfechtung und Zwangsvollstreckung — 352
 3. Anfechtbarer Rechtserwerb der Banken nach Nr. 15 AGB-Bk — 353
 4. Anfechtung der Rückführung eines Kontokorrentkredits — 355
 5. Inkongruente Deckung und Direktzahlung nach § 16 Nr. 6 VOB/B — 357
 6. Inkongruente Deckung und ungekündigter Kontokorrent — 358
 7. Verrechnungsvereinbarungen — 359
 8. Verrechnung im debitorischen Kontokorrent als inkongruente Befriedigung — 359
 9. Anfechtung der Zahlung einer Geldstrafe — 360
- VI. Bargeschäfte, § 142 InsO — 361**
1. Bei der Duldung von Verfügungen des Kunden durch die Bank — 361
 2. Kein Bargeschäft des Sanierungsberaters — 362
 3. Keine Anfechtung von „zeitnahen“ Einziehungen im Lastschriftverfahren — 364
 4. Keine Anfechtung der Einziehung von Leasingraten im Lastschriftverfahren — 365
- VII. Absichtsanfechtung — 366**
1. Benachteiligungsabsicht und Hingabe von Wechseln — 366
 2. Kenntnis vom Drohen der Zahlungsunfähigkeit — 368
 3. Kenntnis des Anfechtungsgegners im Tatbestand des § 133 Abs. 1 InsO — 371

4. Stillhalteabkommen der Bank mit dem Schuldner zur außergerichtlichen Sanierung — 372
 5. Wissenszurechnung bei der Absichtsanfechtung — 374
 6. Bereitstellungsanspruch bei der Gläubigeranfechtung — 376
 7. Gläubigerbenachteiligungsabsicht bei Unternehmensgründung — 377
 8. Kenntnis des Gläubigers bei Teilzahlungen — 379
 9. Scheckhingabe an Gerichtsvollzieher — 380
- VIII. Schenkungsanfechtung — 380
1. Voraussetzungen der Schenkungsanfechtung gem. § 134 InsO — 380
 2. Vernichtung der Rechtsbefugnisse des Zessionars durch den Insolvenzverwalter — 382
 3. Schneeballsysteme — 383
 4. Stehenlassen eines Darlehen — 384
 5. Reichweite der Schenkungsanfechtung I — 385
 6. Darlegungs- und Beweislast für Entreicherung — 387
 7. Schenkungsanfechtung bei Auszahlung von Scheingewinnen in Schneeballsystemen — 388
 - 7.1. Fallgestaltung 1: Einlagen unterfallen nicht der Schenkungsanfechtung — 388
 - 7.2. Fallgestaltung 2: Einlage kein saldierungsfähiger Abzugsposten — 390
- IX. Besondere Fragestellungen im Anfechtungsrecht — 390
1. Drei-Personen-Verhältnis — 390
 - 1.1. Zwei Anfechtungskläger stehen einem Anfechtungsgegner gegenüber — 390
 - 1.2. Zwei Anfechtungsgegner stehen einem Anfechtungskläger gegenüber (I) — 393
 - 1.3. Zwei Anfechtungsgegner stehen einem Anfechtungskläger gegenüber (II) — 394
 - 1.4. Dreiecksbeziehung — 395
 2. Anfechtung einer Zahlung nach § 153 a StPO — 396
 3. Anfechtung in der Doppelinsolvenz von Gesellschaft und Gesellschafter — 398
 4. Anfechtung von Lohn- und Gehaltszahlungen — 401
 5. Anfechtbarkeit des Erwerbs eines Pfandrechts an Gewinnbezugsrecht eines Gesellschafters — 404
 6. Anfechtung der Verwertung von sicherungsübereigneten Sachen durch den Sicherungsgläubiger — 407

7.	Anfechtung güterrechtlicher Verträge	— 409
8.	Anfechtbarkeit des Erwerbs der Aufrechnungslage	— 411
X.	Rechtsfolge der Anfechtung	— 413
1.	Verzinsung rückzugewährenden Geldes	— 413
2.	Rückgewähranspruch	— 415
XI.	Verfahrensfragen	— 415
1.	Bindungswirkung von Verwaltungsakten	— 415
2.	Keine Umstellung der Klage von Anfechtung auf Bereicherung	— 417
3.	Rechtsweg bei Anfechtung von Lohn- und Gehaltszahlungen	— 417
4.	Judikatur des BAG	— 418
XII.	Verjährung	— 418
1.	Verjährung der Hauptforderung bei Insolvenzanfechtung	— 418
2.	Frist des § 146 InsO bei Anfechtung eines Sicherungsgeschäfts	— 418
3.	Anfechtungsfrist, § 139 InsO	— 420
L.	Rechtsschutz und prozessuale Fragestellungen	— 423
I.	Prozesskostenhilfe	— 423
1.	Keine Aussicht auf Beseitigung der Massearmut	— 423
2.	Darlegungslast des Insolvenzverwalters	— 423
II.	Beschwerde	— 424
1.	Reichweite der Rechtbeschwerde gem. § 7 InsO	— 424
2.	Abänderbarkeit insolvenzgerichtlicher Entscheidungen	— 425
III.	Prozessuale Fragestellungen	— 428
1.	Schiedsverfahren	— 428
M.	Materielles Insolvenzrecht	— 431
I.	Gesellschaftsrechtliche Ansprüche	— 431
1.	Haftung der Gesellschafter für die Kosten des über das Vermögen der oHG eröffneten Insolvenzverfahrens?	— 431
2.	§ 92 Abs. 2 S. 1 AktG	— 436
3.	§ 130a HGB	— 437
II.	Haftung wegen Firmennachfolge	— 437
1.	Ausschluss der Haftung nach § 25 HGB	— 437
2.	Haftung des Unternehmensübernehmers	— 438
III.	Sonstige insolvenzspezifische Haftungstatbestände	— 439
1.	Haftung des Steuerberaters	— 439

2. Zahlungsunfähigkeit und § 266 a StGB — 441
3. Massekostenvorschuss — 443
4. Haftung eines KG-Geschäftsführers nach § 69 AO — 445

N. Internationales Insolvenzrecht — 447

- I. Eröffnungsverfahren — 447
 1. Vorläufige Insolvenzverwaltung nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO wird in Frankreich nicht als Hauptinsolvenzverfahren anerkannt — 447
 2. Rechtmäßigkeit des Eröffnungsbeschlusses — 447
 3. Eintragung des Sperrvermerks ins deutsche Grundbuch bei im anderen europäischen Mitgliedsstaat eröffneten Insolvenzverfahren — 448
- II. Anwendbares europäisches Recht bei Anfechtungsklagen — 449
 1. Anfechtungsgerichtsstand — 449
 2. Gerichtsstand für Anfechtungsprozesse mit gegen ausländische Anfechtungsgegner gem. § 19a ZPO — 450
 3. Gerichtsstand für Kapitalerhaltungsansprüche — 451
 4. Scheme of arrangement — 452
 5. Begründung der deutschen internationalen Zuständigkeit — 452
 6. Insolvenzanfechtung innerhalb eines grenzüberschreitenden Gesellschaftsverbundes — 454
- III. Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses (COMI) — 455
 1. Vorläufige Verwaltung und Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses — 455
 2. Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses — 457
 3. Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses gem. Art. 3 Abs. 1 EuInsVO — 459
 4. Forum shopping — 460
- IV. Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren — 461
 1. BENQ — 461
 2. Brochier — 463
 3. Sekundärinsolvenzverfahren — 464
- V. Sonstige Rechtsfragen grenzüberschreitender Insolvenzfälle — 465
 1. Grundpfandrechte in grenzüberschreitenden Insolvenzfällen — 465
 2. Verhandlung des englischen Insolvenzverwalters mit ausländischen Gläubigerkomitees — 467

3. „Schnelle Verschlussklappe“ – Anerkennung eines chapter 11-Verfahrens in Deutschland (Autonomes deutsches Internationales Insolvenzrecht) — 467
4. Eigentumsvorbehalt im europäischen Insolvenzrecht — 469

Sachregister — 473